

Decio Machado/Raúl Zibechi

Die Macht ergreifen, um die Welt zu ändern? Eine Bilanz der lateinamerikanischen
Linksregierungen

Bertz+Fischer Verlag, Berlin 2019

220 Seiten, 12,00 Euro

ISBN 978-3-86505-755-6

Das Buch, das im Spanischen Original schon 2016 erschienen ist, kommt zu spät, um eine politische Positionierung im aktuellen Krisengeschehen etwa in Venezuela zu ermöglichen oder den Wahlsieg Bolsonaros in Brasilien zu erklären. Dennoch hat es zum Verständnis dessen, was in den links regierten Ländern Lateinamerikas in den letzten etwa zwei Jahrzehnten abgelaufen ist, nach wie vor eine große Bedeutung.

Dabei hilft der Leser*in die Einordnung durch den Übersetzer Raul Zelik. Er ordnet viele Ereignisse in ausführlichen Anmerkungen ein und gibt auch in einem Nachwort einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis des Ansatzes, von dem aus Machado und Zibechi schreiben. Vor allem letzterer orientiert sehr stark auf „gesellschaftliche Selbstorganisation als zentraler Motor der Transformationen“ und argumentiert, dass die „Heterogenität der Gesellschaften“ Lateinamerikas betrachtet werden muss, wenn sie verstanden werden sollen. „In diesem Sinne spricht Zibechi von 'Gesellschaften in Bewegung' und interpretiert die kulturelle Diversität der gewaltsam kolonisierten Länder als untergründige Widerstandsform. Tatsächlich sind die sozialen Kämpfe Lateinamerikas in den vergangenen Jahrzehnten stark von den soziokulturellen Identitäten der Indigenen, Afros und Kleinbäuer/innen überlagert gewesen. Der Widerstand gegen den Neoliberalismus, die Verteidigung des Territoriums und kulturelle Differenz waren kaum voneinander zu trennen.“ (S. 212)

In einigen Ländern (Venezuela 1999, Ecuador 2008, Bolivien 2009) wurde versucht, dieser Situation durch neue Verfassungen gerecht zu werden. Der Begriff des „multiethnischen Staates“ machte auch in Europa die Runde. Aber „weder die verfassungsgebenden Prozesse, die die 'Neugründung des Staates' versprochen, noch die Regierungen, die diese Prozesse anführten, trieben indes strukturelle Veränderungen des Staates voran“, konstatieren die Autoren schon in der Einleitung (S. 18). Es war die „radikale Vielfalt,...die den Widerstand, die Aufstände und die Revolutionen der Indigenen und Armen in den Andenländern ermöglichte“, präzisieren sie kurz später und ergänzen: „Die Diversität ist strukturell; sie ist nicht ideologisch, sondern im Charakter der sozialen Beziehungen begründet.“ (S. 25) Wenn in Ecuador der Indigenendachverband CONAIE, in Bolivien große, organisierte indigene Gruppen seitens der Regierung eher als Gegner denn als Verbündete betrachtet wurden, wenn in Venezuela, in Brasilien, in Uruguay Bewegungen außerhalb der Regierungspartei gar nicht erst eine zentrale Rolle spielten, dann war damit der Grundstein für ein Scheitern der Linksregierungen gelegt.

Dass der Staat „in den siegreichen Revolutionen des 20. Jahrhunderts...durch eine kleine Gruppe kontrolliert (wurde)“, halten Machado und Zibechi für einen Umstand, der erklärt, warum sich „mit der Zeit eine Elite bzw. ...eine neue Bourgeoisie“ etablierte. Die marxistische Linke habe das nie beachtet, weil sie „sich eher mit dem Wachstum der Produktivkräfte als mit dem Entstehen neuer sozialer Beziehungen beschäftigte“ (S. 50). Diese „Führungskader im Staat“ verbanden sich dann perspektivisch „mit den Managern der Privatwirtschaft“ (S. 59), die sich nebenbei in den links regierten Ländern oft formal in Staatsbesitz befinden („PDVSA/Venezuela, YPF/Argentinien, YPFB/Bolivien, Petrobras/Brasilien und Petroecuador/Ecuador“ – S. 60).

In einer grundsätzlichen Betrachtung sozialistischer Transformationsprozesse einschließlich der Sowjetunion stellen die Autoren fest, dass deren Tradition „Debatten darüber, ob es sich bei der Bürokratie um eine herrschende Klasse oder zumindest eine Keimzelle davon handelt“, „diese Möglichkeit immer ausgeschlossen“ habe. Gerade in Kuba seien „Proteste und Kritik...immer als

revolutionsfeindlich und imperialistisch gesteuert bewertet“ worden (S. 74) und dies sei für Lateinamerika paradigmatisch geworden. Als eine wesentliche Schlussfolgerung halten sie fest, dass „Bewegungen, die in der Lage waren, das alte Regime zu stürzen, kaum für den Aufbau einer neuen Gesellschaft geeignet sind“ (S. 82).

Die Linksregierungen hätten „ihr Augenmerk auf die Zurückdrängung von Warenlogik und Patriarchat, auf den Aufbau vielfältiger und komplementärer Formen von Volksmacht, auf einen graduellen Prozess der Nationalisierung und zur Stärkung der Arbeiterselbstverwaltung sowie der Genossenschafts- und Solidarökonomie richten müssen. Und sie hätten auf die Unterstützung eigenständiger gesellschaftlicher Organisationen, auf den Kampf gegen die Entfremdung, auf die Stärkung ruraler und urbaner Gemeinschaften...setzen müssen.“ (S. 105) Das kann man wünschenswert finden, aber Raul Zelik's Frage bleibt berechtigt, „ob das aus linker Perspektive unbefriedigende Programm der neuen Regierungen nicht genau den Forderungen der Revolten entsprach, die vor allem auf soziale und politische Teilhabe abzielten“. Wenn es so gewesen wäre, dann wäre auch seine kategorische Feststellung zutreffend, dass es „für weitergehende strukturelle Veränderungen...keine Mehrheiten (gab)“ (S. 215).

Das Buch beendet also die Debatte keineswegs, aber es befruchtet sie und sollte gelesen werden.